wenn der Missionär nicht an Frau und Kinder und häusliche Anliegen gebunden ist! — Doch darf der verehelichte Verkünder des Evangeliums darum nicht zurückgesetzt werden. . .³⁶

³⁶ Ebd. 630; vgl. *Moral* II, 343. — Es sei darauf hingewiesen, daß mit dem vorliegenden Aufsatz noch keineswegs all das ausgeschöpft ist, was Hirscher über die Missionstätigkeit der Kirche sagt. Er befaßt sich z. B. auch mit der Geschichte der Mission (*ThQ* 1825, 614—617), mit der Missionstätigkeit der Protestanten (Ebd. 617. 629—632) und Orthodoxen (632 f), mit der Rolle der Wunder bei der Ausbreitung des Glaubens (634), mit den Hindernissen, die der Mission gerade durch die Europäer bereitet werden (634 f), mit den Verpflichtungen der christlichen Regierungen gegenüber dem Missionswerk (635), mit der Förderung der christlichen Gemeinden in den vom Islam beherrschten Ländern (636—640) und mit der zerstörenden Tätigkeit der christlichen Sekten (641—644). Als Quelle zitiert er mehrere Male die *Basler Missionsgeschichte*, 10. Jhg. 4. Heft. — Auf all dies gehen wir hier nicht ein. Dieser Aufsatz wollte lediglich einen Hinweis auf Quellen geben, die für die Missionsgeschichte vielleicht bis jetzt noch nicht ausgewertet wurden.

DER RECHTSCHARAKTER DER EINGEBORENEN-EHEN IN SÜDAFRIKA

von Amand Reuter

Eine Kernfrage der Missionspastoral, zugleich auch eine Hauptschwierigkeit, ist die Bewertung der Ehen von Tauffbewerbern. Für richtige Lösungen im Einzelfall müssen nämlich außer den allgemeingültigen Grundsätzen des Naturrechts auch die vielfach sehr unterschiedlichen Stammesbräuche berücksichtigt werden, nach denen zahlreiche Eingeborene noch immer ihre Ehen schließen und nicht selten auch wieder lösen. Unklarheiten über Personenstand und Familienzugehörigkeit sind häufige Begleiterscheinungen. Noch verwirrender wird die Lage, wenn ein neues und andersartiges Rechtssystem im Missionsgebiet zur Herrschaft kommt und die urchümlichen Bräuche ganz oder teilweise außer Kraft setzt oder das einheimische Gewohnheitsrecht mit Kürzungen und Zutaten zu verbessern sucht, deren Grad der Verpflichtung nicht in jedem Falle unbestritten ist. Dazu kommt der unvermeidliche innere Umwandlungsprozeß der Stammessitten im Gefolge der immer häufigeren und stets weiter und tiefer greifenden Begegnungen mit fremden und höheren Denkweisen und Lebensformen in der Schule und auf dem Arbeitsplatz. Die auch von wirtschaftlicher Not erzwungene Abwanderung in die Städte bewirkt nicht nur eine Lockerung und fortschreitende Zerrüttung des heimatlichen Stammesgefüges und seiner sittlich-rechtlichen Ordnung, die auf ein sorgsam gehütetes Herkommen gegründet war, sondern auch persönliche Entwurzelung und Vereinsamung mit allen gefährlichen Folgen. Ehe und Familie sind unter den Opfern dieser Entwicklung.

Angesichts solcher Wirrnisse und Verwicklungen nimmt es nicht wunder, daß Ehe- und Familienfragen auch in Südafrika oft zu Meinungs- austausch anregen und gelegentlich sogar den Gegenstand von regelrechten Streit- gesprächen bilden, die auch in der kühleren schriftlichen Form nicht immer mit klaren Ergebnissen abschließen. Ein jüngeres Beispiel dieser Art ist die mit der folgenden Abhandlung weitergeführte Auseinandersetzung über den Rechtscharakter der nach Stammesgewohnheit geschlossenen Ehen von Eingeborenen im Lichte des südafrikanischen Landesrechts. Streit- frage und Antworten gewinnen an Klarheit und Überzeugung durch einen kurzgefaßten Rückblick auf die gegensätzlichen Lösungen in Gesetzge- bung und Rechtsprechung vor dem Zustandekommen der 'Union of South Africa'. *

I. Eingeborenen-Ehen als Streitgegenstand

1. *Verschiedene Meinungen*

a) In dem Bestreben, Fingerzeige zu geben für die Lösung der immer wiederkehrenden Frage nach der Gültigkeit von Eingeborenen-Ehen, unternahm es der Dominikaner-Missionar *H. Ten Velde*, die einschlägigen Rechtsgrundsätze zu erklären. Ausgangspunkt für seine im südafrika- nischen Klerusblatt entwickelten Ansichten ist die allgemeine, von ihm ausdrücklich bejahte Lehre, daß die rechtmäßigen Ehen von Nicht- Getauften den von der Staatsgewalt erlassenen gerechten Gesetzen und den von ihr aufgestellten Hindernissen unterstehen. Dieser Leitsatz schließt auch stammeseigenes Gewohnheitsrecht ein, soweit es sich im Lichte des Naturrechts als richtig und annehmbar erweist. Bezüglich der Stellung und Rechtskraft der Gesetze und Gewohnheiten, die für Ein- geborenen-Ehen maßgeblich sind, vertritt *P. Ten Velde* den Standpunkt, daß mit dem *Native Administration Act* (Gesetz Nr. 38) von 1927 das herkömmliche Eingeborenen-Recht feierlich anerkannt worden sei, vor- behaltlich ausdrücklicher Änderungen und etwaiger Gegensätze zu den Richtlinien der Staatsführung und den Grundsätzen der natürlichen Ge- rechtigkeit. Demgemäß gäbe es in der Union von Südafrika zur Zeit zwei gültige Rechtssysteme: Das allgemeine Landesrecht (*Roman-Dutch Law*) für Europäer oder Weiße und rechtlich gleichgestellte Eingeborene und das Eingeborenen-Recht (*Native Law*) für die gewöhnlichen Einhei- mischen. Dieses Eingeborenen-Recht ist in seiner Gültigkeit jedoch ab- hängig von der Bestätigung durch die zuständigen Gerichte, die dasselbe in Streitfällen zur Anwendung bringen.

Daraus folgert unser Gewährsmann, daß es in Südafrika auch zwei Arten von wirklichen oder vollrechtlichen Ehen gibt, von denen aller- dings die unter dem allgemeinen Recht gegebenenfalls auch von Ein- geborenen geschlossene ‚Zivilehe‘ gesetzlich einen höheren Rang einnimmt als die Eingeborenen-Ehe nach Stammesgewohnheit, ohne daß aber eine derartige, auf das jeweilige Rechtssystem gegründete Unterscheidung die Wirklichkeit des Rechtsvertrages und die Echtheit des Eheverhältnisses

* Vgl. Anmerkung am Schluß des Artikels.

beeinträchtigen würde. Die verschiedene Benennung in der Rechtssprache: *Ehe* für die eine, höher gestellte Art (*Marriage*), *gewohnheitsrechtliche Verbindung* für die andere (*Customary Union*), bedeute zwei verschiedene Namen in Verbindung mit zwei verschiedenen Rechten, aber der Sache nach und in moraltheologischer Sicht seien beide Arten rechtmäßige eheliche Verhältnisse¹.

b) Diese sehr günstige Bewertung der Eingeborenen-Ehen und die ebenso hohe Einstufung der einheimischen Rechtsgewohnheiten rief starken Widerspruch hervor, der über das in Frage stehende Landesrecht hinaus auch das Natur- und Kirchenrecht in den Streit miteinbezog. Ein Anwalt von Johannesburg, der sich auf eine berufsmäßige Kenntnis der südafrikanischen Rechtsverhältnisse stützen kann, *Herbert J. B. Vieyra*, *Q. C.*, leugnet zunächst ganz eindeutig, daß das Recht seines Landes die gewohnheitsrechtlichen Verbindungen von Eingeborenen (*customary unions*) als rechtmäßige und gültige Ehen anerkennt. Der Grund für diese ablehnende Haltung des Landesrechts sei die mit den Stammessitten der Eingeborenen verbundene Vielweiberei, die als ein wesentlicher Bestandteil ihres herkömmlichen Rechtssystems gelten müsse, auch dann, wenn das Recht auf eine weitere Frau während eines bereits bestehenden ehelichen Verhältnisses in einzelnen Fällen tatsächlich nicht in Anspruch genommen werde. Schon die bloße Möglichkeit und die grundsätzliche Berechtigung dazu seien dem allgemeinen Recht das Landes und den daselbe tragenden sittlichen Anschauungen so entgegengesetzt, daß eine Anerkennung von stammesrechtlichen Verbindungen als wirkliche und rechtmäßige Ehen im Sinne und nach dem Sprachgebrauch des südafrikanischen Zivilrechts undenkbar sei.

Im Verlauf seiner durch schwerwiegende Gerichtsentscheidungen unterbauten Beweisführung bestreitet der Rechtsanwalt auch die weitere Erklärung des Missionars, daß die Anerkennung von Rechtsgewohnheiten der Eingeborenen durch den *Native Administration Act* einer Einverleibung derselben in das Rechtssystem des Landes gleichkäme. In jedem Falle aber würden die im Gesetz gemachten Einschränkungen eine behördliche Anerkennung von *customary unions* als rechtmäßige Ehen ausschließen, nachdem die Gerichte des Landes Vielweiberei als unvereinbar mit der herrschenden Auffassung von Gesittung, und damit als den Richtlinien der Staatsführung zuwiderlaufend, erklärt hätten. Dieselbe Folgerung ergäbe sich auch aus den Gesetzesbestimmungen und der Gerichtspraxis der von P. Ten Velde einbezogenen Nachbargebiete, Süd-Rhodesien, Basutoland, Bechuanaland und Swaziland, die dasselbe Landesrecht haben wie die Südafrikanische Union. Einschlägige Sondergesetze (*Statutes*) dieser Gebiete decken sich mit den Bestimmungen des *Native Administration Act*.

Wegen der wesenseigenen Einheit der Ehe, so schließt H. Vieyra, könne auch die Kirche Verbindungen mit Vielweiberei nicht als recht-

¹ *The South African Clergy Review* IV, 4 (1952), 145—152.

mäßige Ehen anerkennen, auch nicht im Falle von Ungetauften, selbst wenn der für sie zuständige staatliche Gesetzgeber es täte. Denn auch der Staat vermöchte nicht, etwas, das von Natur aus keine wahre Ehe sei noch sein könne, nämlich eine Verbindung mit dem Recht zur Vielweiberei, zu einem *matrimonium legitimum* im Sinne des Kirchengesetzes (can. 1015) zu machen. So scheine es auch die einzig mögliche Erklärung der diesbezüglichen päpstlichen Erlasse zu sein, daß unter dem Recht der Vielweiberei alle Verbindungen zwischen Mann und Frau von der gleichen Art sind, auch die jeweils ersten Ehen, das heißt die Verbindung eines Mannes mit der ersten Frau, die deshalb auch als ungültig behandelt würden, zum mindesten in der *Constitutio Populis* Gregors XIII., die im kirchlichen Gesetzbuch (can. 1125) angeführt ist².

c) Obwohl nur zweifelhaft vorgebracht, waren diese Behauptungen doch zu folgenschwer, um unwidersprochen zu bleiben. Aber so leicht es war, die offensichtliche Mißdeutung der kirchlichen Lehre und Praxis zurückzuweisen, so schwierig schien es, sich dem Gewicht der aus der südafrikanischen Rechtsprechung entnommenen Beweise zu entziehen. Dies brachten die neuen Mitstreiter des bedrängten Missionars vom Oranje-Freistaat, jeder auf seine Weise, zum Ausdruck. Der afrikanische Oblatenpater *Romanus Kamungu*, der gegen den Lehrsatz von der staatlichen Zuständigkeit für die Ehen von Ungetauften Einwendungen erhebt, rät vorsichtshalber zur Erneuerung des Ehwillens bei der Aufnahme der Taufbewerber³. Dagegen kommt der römische Ordensbruder von Pater Ten Velde, Professor *C. Vijverberg OP*, auf Grund einer scharfsinnigen Untersuchung des Wesens der Ehe als Natureinrichtung zu dem Schluß, daß die umstrittenen Eingeborenen-Ehen trotz der widersprechenden Bestimmungen des südafrikanischen Landesrechts wirkliche und gültige Ehen sind. Die Duldung von einheimischen Rechtsgewohnheiten durch den einschlägigen *Native Administration Act* (sec. 11) sei nicht ohne Bedeutung, weil das Staatsgesetz damit den gewohnheitsrechtlichen Verbindungen Rechte und Pflichten zuerkenne, die nur einem echten ehelichen Verhältnis eignen könnten⁴.

So waren wohl beiderseits nicht haltbare Überspitzungen und Fehldeutungen der weniger vertrauten Rechtsverhältnisse weggeräumt oder zurechtgerückt, aber die eigentliche Streitfrage schien noch nicht eindeutig gelöst: Sind Eingeborenen-Ehen in Südafrika gültig oder ungültig?

2. Einige Vorbemerkungen

Die kurze Zusammenfassung der widerstreitenden Meinungen und gegensätzlichen Lösungsversuche hat auch gezeigt, daß die Frage nach dem Rechtscharakter der Eingeborenen-Ehen in Südafrika letztlich eine naturrechtlich-theologische Frage ist, die in keinem Falle gegen die Grundsätze

² Ibid. V, 3 (1952), 110—117

³ Ibid. V, 4 (1953), 145—155

⁴ Ibid. VI, 4 (1954), 181—188; VII, 1 (1954), 41—44 = *Euntes Docete* VI (1953), 231—240.

entschieden werden kann, die von derselben Art sind, auch dann nicht, wenn das herrschende Landesrecht eine andere Stellung einnimmt. Bei einem unlöslichen Gegensatz müßte vielmehr das Landesrecht weichen, das aber nur insoweit verfehlt werden kann, als es sich bei sachlicher Prüfung als unannehmbar erweist. Damit ist die Wichtigkeit von Untersuchungen gegeben, die eine möglichst vollständige Erfassung der landesrechtlichen Bestimmungen in der für die Missionspastoral so folgenschweren Frage zum Ziel haben.

a) Die Klärung des Streitpunktes verlangt eine erste Bemerkung über das Wort *Ehe* im gesetzlichen Sprachgebrauch. Es wurde bereits erwähnt, daß die südafrikanische Rechtssprache einen Unterschied macht zwischen der Ehe nach Landesrecht, die auch ‚nach kirchlichem Ritus‘ geschlossen werden kann, und den gewohnheitsrechtlichen Verbindungen von Eingeborenen nach Maßgabe der zuständigen Stammessitten. Der diesbezügliche Gesetzestext, NAA (Nr. 38 von 1927), sec. 35, zusätzlich Gesetz Nr. 9 von 1929, sec. 9, läßt keinen Zweifel darüber, daß es sich trotz ihrer natürlichen Ähnlichkeit um rechtlich verschiedene Einrichtungen handelt, die sich gegenseitig ausschließen.

In this Act, and any proclamation, rule or regulation made thereunder, unless inconsistent with the context —

‘customary union’ means the union of a man and a woman in a conjugal relationship according to native law and custom, where neither the man nor the woman is party to a subsisting marriage;

‘marriage’ means the union of one man with one woman in accordance with any law for the time being in force in any Province governing marriages, but does not include any union contracted under native law and custom or any union recognized as a marriage in native law under the provisions of section one hundred and forty seven of the code of native law contained in the schedule to law 19 of 1891 (Natal) or any amendment thereof or any other law.

Es darf angenommen werden, daß diese Begriffsbestimmung der *Ehe* mit der üblichen Bedeutung des Wortes in der Rechtssprache von Südafrika übereinstimmt. Deshalb muß es auch so verstanden und gebraucht werden, wie es im Landesrecht festgelegt ist, nämlich daß Ehe im zivilrechtlichen Sinn jede Art von Vielweiberei, tatsächliche und auch nur mögliche, unbedingt ausschließt. Dieselbe Bedeutung muß demnach auch zugrunde gelegt werden bei der Untersuchung der Frage, ob gewohnheitsrechtliche Verbindungen (*customary unions*) in Südafrika als wahre oder wirkliche oder gültige Ehen (*marriages*) anerkannt sind, das heißt, im Sinne und nach dem Sprachgebrauch des Zivilrechts dieses Landes. Die weitere Frage, ob diese Begriffsbestimmung der *Ehe* vielleicht vom Natur- oder Kirchenrecht abweicht, muß dabei zunächst außer acht gelassen werden, obwohl die genannten Rechte auch für Südafrika gültig sind.

Wenn wir hier trotzdem, und durchgehends, den deutschen Ausdruck *Eingeborenen-Ehen* für gewohnheitsrechtliche Verbindungen in Südafrika

gebrauchen, dann nicht nur wegen seiner Kürze und Tragkraft, sondern auch deshalb, weil er auch für den Lebens- und Rechtsbereich der Eingeborenen von Südafrika das bezeichnet, was das Wort *Ehe* im Grundsinne allezeit und allenthalben zum Ausdruck bringt: eine dauerhafte Verbindung von Mann und Frau zur Erzeugung von Nachkommenschaft — *Coniunctio maris et feminae filiorum procreandorum causa*. So ist derselbe Ausdruck, als Wiedergabe von *native marriage*, auch für die Bezeichnung dieses Naturverhältnisses geeignet in Verbindung mit verschiedenen Rechtssystemen, sogar im Bereich von Südafrika und nach Maßgabe dortiger Landesgesetze. Der obige Abschnitt aus dem *Native Administration Act* nimmt Bezug auf ein älteres Gesetz von Natal, das „Ehen unter Eingeborenen-Recht“ zum Gegenstand hat, und das einschlägige Gesetz von Süd-Rhodesien, Nr. 23 von 1950, bestimmt im ersten Abschnitt, daß es als *Native Marriages Act, 1950*, angeführt werden kann. Daß dieser Kurztitel auch von *Eingeborenen-Ehen* im Sinne dieser Untersuchung verstanden werden kann, ergibt sich zweifelfrei aus der Erklärung der ‚Ehe-Gabe‘ im folgenden Abschnitt (sec. 2):

‘marriage consideration’ means the consideration given or to be given by any person in respect of the marriage of a native woman, whether such marriage is contracted according to native law and custom or solemnized in terms of the Marriage Act (Chapter 150) or this Act.

b) Eine Reihe von weiteren Bemerkungen betrifft die zur Frage stehende *Anerkennung* gewohnheitsrechtlicher Verbindungen von Eingeborenen in Südafrika durch das dortige Landesrecht oder nach Maßgabe desselben, da dieser Ausdruck verschiedene Bedeutungen, mit sehr unterschiedlicher Tragweite, haben kann. Gesetzliche „Anerkennung“ von Eingeborenen-Ehen kann nämlich entweder nur heißen, daß dieselben unter gewissen Gesichtspunkten und im Hinblick auf bestimmte Rechtsfolgen als gültig betrachtet werden und als gleichbedeutend mit Ehen nach Landesrecht; oder es kann bedeuten, daß solche Verbindungen, wenn auch unter Einhaltung unerläßlicher Rechtsvorschriften, als Ehen nach Landesrecht angenommen und wie solche behandelt werden⁵. Folgerungen aus Tatsachen, die nur mit der ersten, unvollständigen Bedeutung des Wortes ‚Anerkennung‘ übereinstimmen, würden zwangsläufig keine Beweiskraft haben hinsichtlich seiner ganzen oder vollen Bedeutung. Freilich muß auch beachtet werden, daß die Gewährung von Anerkennung nicht weniger als ihre Verweigerung sowohl ausdrücklich und unmittelbar erklärt werden kann als auch mittelbar und einschließlic, nämlich so, daß einer gewohnheitsrechtlichen Verbindung von Eingeborenen Folgen oder Wirkungen zuerkannt beziehungsweise abgesprochen werden, die für eine wirkliche Ehe wesentlich und beweiskräftig sind, oder aber nur solche, die untergeordnet und trennbar sind.

⁵ Vgl. G. W. BARTHOLOMEW in: *The Modern Law Review*, 1952, 36.

Wenn beispielsweise die Nachkommen aus einer gewohnheitsrechtlichen Verbindung als ‚ehelich‘ anerkannt werden ausschließlich im Hinblick auf die gesetzliche Erbfolge für den Nachlaß eines Eingeborenen, dem zu Lebzeiten die Vaterschaftsrechte verweigert worden wären, die mit einer rechtmäßigen Ehe verbunden sind, so macht eine solche unvollständige Anerkennung seine Ehe nach Stammesrecht nicht zu einer Ehe im Sinne des Landesrechts.

Um Art und Tragweite der Anerkennung zu bestimmen, die Eingeborenen-Ehen in Südafrika gewährt oder verweigert wird, muß man von Fall zu Fall entsprechende Ausdrucksformen gebrauchen, wie Unterscheidungen und Vergleiche, Nebeneinander- und Gegenüberstellungen, die in einfacher oder verwickelter Anwendung die Rechtslage zu klären imstande sind, sie allerdings auch verwirren können. Die Bedeutung ist unmißverständlich, wenn derselbe Streitgegenstand zu verschiedenen Rechtssystemen in Beziehung gebracht und die fragliche Rechtsfolge im einen Falle bejaht, im andern dagegen verweigert wird; ebenso wenn verschiedene Dinge oder auch verschiedene Teile derselben Sache an der nämlichen Satzung gemessen und unterschiedlich bewertet werden.

So wurden, um ein Beispiel zu nennen, Abmachungen über den ‚Brautpreis‘ (*lobola*) unter dem Recht der Kapkolonie von den Gerichten aufrechterhalten, wenn sie im Hinblick auf Ehen von Eingeborenen nach christlichem Ritus getroffen waren, nicht dagegen im Falle von Ehen nach Stammesrecht. Oder, nur mit Bezug auf Ehen nach Stammessitte, wurden Abmachungen über den Brautpreis gemäß dem Recht der Kolonie selber nicht anerkannt, während Erbansprüchen auf Grund eines Sondergesetzes für Eingeborene Folge gegeben wurde.

Weiterhin, mit Bezug auf gesetzliche Erbfolge unter Eingeborenen, mußten die Gerichte, um feststellen zu können, wer als ‚ehelicher‘ Nachkomme eines Verstorbenen in Frage kam, der nach Stammesrecht und Sitte ‚verheiratet‘ gewesen war, über gewohnheitsrechtliche Verbindungen erkennen, obwohl dieselben in der eigentlichen Kolonie als ‚ungesetzlich‘ galten. Diese Ungesetzlichkeit bedeutete zweierlei: ‚ungültig‘, und folglich nicht bestehend als Ehen im Sinne des Landesrechts, und ‚unerlaubt‘ (obwohl *tatsächlich* bestehend und geduldet) als eheliche Verhältnisse nach Eingeborenenrecht, da dieses als Ganzes nicht als ein gültiges Rechtssystem zugelassen war. Trotzdem mußten die Gerichte feststellen, ob so etwas wie ein eheliches Verhältnis bestanden hatte zwischen einem verstorbenen Eingeborenen und der Mutter (oder den Müttern) der Nachkommen, die Anspruch auf seinen Nachlaß erhoben; ebenso, wenigstens im Falle der Anfechtung, ob tatsächlich bestehende Verbindungen rechtmäßig oder gültig gewesen waren nach Maßgabe der einheimischen Rechtsgewohnheiten, obwohl dieselben in der eigentlichen Kolonie nicht als gültig anerkannt waren. Das bloße Bestehen einer eheähnlichen Verbindung zwischen Mann und Frau wäre dem Zweck des Gesetzes nicht gerecht geworden, wenn dieselbe auch nach Eingeborenenrecht keine

Gültigkeit beanspruchen konnte⁶. Umgekehrt macht die Feststellung, daß eine gewohnheitsrechtliche Verbindung von Eingeborenen nach Stammessitte gültig ist, dieselbe nicht zu einer wahren oder gültigen Ehe nach Landesrecht, obwohl eine *besondere* Rechtsfolge gesetzmäßiger Ehen einem solchen *gültigen* Verhältnis unter Eingeborenen zuerkannt wird, das für andere Zwecke als ungesetzlich gilt. Eins schließt das andere nicht ein oder aus. So muß im Einzelfalle auch der Konkubinats (oder die ‚wilde Ehe‘) im Sinne des Gesetzes *gültig* sein, um vorgesehene Wirkungen nach sich zu ziehen, wie das Ehehindernis der öffentlichen Ehrbarkeit (can. 1078). Damit wird aber der ungesetzliche und unsittliche Charakter dieses eheähnlichen Verhältnisses in keiner Weise verändert oder aufgehoben.

Die hier zu behandelnde Frage geht also dahin, ob eheliche Verhältnisse zwischen Eingeborenen, die nach dem zuständigen Stammesrecht gültig sind, auch echte und gültige Ehen sind nach Maßgabe des südafrikanischen Landesrechts. M. a. W., ob gewohnheitsrechtliche Verbindungen in jeder Beziehung und für alle wesentlichen Folgen gleichwertig sind mit ‚Zivilehen‘ in Südafrika oder mit ‚christlichen Ehen‘ nach englischem Recht. Wenn nein, warum nicht, oder, wenn ja, unter welchen Bedingungen?

II. Eingeborenen-Ehen unter dem Kolonialregime

1. Kapkolonie und angeschlossene Gebiete

a) Die anfängliche Haltung der Verwaltung der Kapkolonie sowohl den eingeborenen Afrikanern als auch anderen Volksgruppen gegenüber war jeder unterschiedlichen Behandlung abhold und duldete auch keine rechtlichen Verschiedenheiten. Demgemäß war das Gewohnheitsrecht der Eingeborenen in keiner Weise neben oder unter dem Recht der Kolonie anerkannt. Die Folge war, daß die Gerichte den Ehen der Eingeborenen, die nur nach Stammessitte unter Vernachlässigung der für die Kolonie gültigen Formvorschriften geschlossen waren, keinerlei Rechtswirkungen zuerkannten. Die Kinder aus solchen Verbindungen galten als unehelich, der in Ochsen gezahlte ‚Brautpreis‘ galt als Leistung für bevorstehendes unsittliches Zusammenleben, während die gleiche Abmachung im Hinblick auf eine christliche Ehe unter Eingeborenen von den Gerichten im Gebiet der Kolonie für wirksam erklärt und ihre Ausführung erzwungen wurde⁷. Ein anderer Grund, neben dem Fehlen der gesetzlichen Form, für die Weigerung der Gerichte, Verbindungen nach Eingeborenenrecht als gültige Ehen im Sinne des Rechts der Kapkolonie anzuerkennen, war die Möglichkeit, dieselben außergerichtlich zu scheiden durch Rückerstattung des Brautpreises (*lobola*)⁸.

⁶ Vgl. S. M. SEYMOUR: *Native Law in South Africa* (1953), 3; 18; 31.

⁷ Belege bei BISSET & SMITH: *The Digest of South African Case Law*, IV, 618; 626.

⁸ SEYMOUR: 2; 28.

Das Eingeborenen-Erbschaftsgesetz (*Native Succession Act*) von 1864 ermächtigte und verpflichtete die Gerichte, von den ‚ungesetzlichen Verträgen‘ Kenntnis zu nehmen, als die Ehen nach der Sitte der Eingeborenen unter dem Recht der Kolonie zu gelten hatten. Die einzige mit dem Sondergesetz zugestandene Rechtsfolge für Eingeborenen-Ehen war die Zuerkennung der Erbschaft nach Stammesbrauch im Falle, daß ein nicht nach dem Recht der Kolonie verheirateter Erblasser ohne letztwillige Verfügung gestorben war⁹. Andere Wirkungen einer rechtmäßigen Ehe, wie Rechtsschutz für Brautpreis-Verträge, Übertragung der Vaterschaftsrechte über die Erbfolge hinaus, waren in der ‚Anerkennung‘ der Eingeborenen-Ehen durch das Gesetz von 1864 nicht einbegriffen. Dieselben galten also im Gebiet der Kolonie auch weiterhin als unrechtmäßige Verbindungen¹⁰.

b) Die Lage ist verschieden, das heißt, im wesentlichen positiv oder günstig im Hinblick auf gewohnheitsrechtliche Verbindungen, die in den Eingeborenengebieten von Transkei geschlossen wurden, wenn auch vorbehaltlich bestimmter Unterscheidungen. Der entscheidende Zeitpunkt ist die *Proclamation* 140 von 1885, die Ehen von Eingeborenen als gültig und *in jeder Beziehung* als rechtswirksam erklärt, die entweder vor einem christlichen Religionsdiener oder vor einem bürgerlichen Standesbeamten oder nach den gewöhnlichen Stammesbräuchen geschlossen werden, vorausgesetzt daß die letztgenannten Verbindungen innerhalb von drei Monaten amtlich eingetragen werden. Demgemäß sind alle Fragen betreffs Scheidung oder Trennung, die zwischen derart verheirateten Personen aufkommen, nach dem Recht zu entscheiden, das zu der Zeit in der Kapkolonie in Geltung ist. Diese rechtliche Gleichstellung der verschiedenen Eheformen findet sich in den Abschnitten 30 und 31 der *Proclamation*:

30. Any marriage celebrated by any minister of the Christian religion, according to the rites of the same, or by any civil marriage officer, duly appointed by the Governor to solemnize marriage, or according to the ordinary kaffir or Fingo forms, provided that such last-mentioned marriage shall be registered within three months from the date of such marriage, in a book to be kept for such purpose by the Resident Magistrate of the District, shall be taken to be in all respects as valid and binding, and to have the same effect upon the parties to the same and their issue and property as a marriage contracted under the marriage laws of the Colony.

31. All questions of divorce or separation arising between the persons married by a minister of the Christian religion or by a civil marriage officer as aforesaid, or according to the ordinary kaffir or Fingo forms,

⁹ *Sengane v. Gondole*, 1. E. D. C. (Eastern Districts Court), 195.

¹⁰ *Matshobongwana v. Mpambani* (1916) E. D. L. D. 235; *Mayo v. Poro*, 14. E. D. C. 8

and registered as aforesaid, except as hereinafter mentioned, shall be decided according to the law then in force in the Cape Colony, and shall be heard and decided before the Chief Magistrate.

Die in der Bekanntmachung erklärte rechtliche Vollwertigkeit der Ehen von Eingeborenen in christlicher oder bürgerlicher Form und ebenso, ohne irgendeine rechtliche Abstufung, der amtlich *eingetragenen* gewohnheitsrechtlichen Verbindungen ergibt sich auch aus dem Vergleich mit Ehen oder Verbindungen, die unter verschiedenen Bedingungen geschlossen wurden, wie in einem berühmten Streitfall vor dem Obersten Gerichtshof der Kolonie gezeigt worden ist:

„The courts of Tembuland may, where all the parties to a suit are natives, recognise the validity of all marriages between natives celebrated according to native law before the promulgation of Proclamation No. 140 of 1885, whether they be polygamous or not, and such courts must decide questions of divorce or separation arising between natives so married in conformity with native law and custom, but the courts of the Cape Colony proper cannot recognise as valid any marriage entered into by a man who had one or more wives living at the time of such marriage. Neither the courts of the Cape Colony nor those of Tembuland can recognise as valid any marriage celebrated after the date of the Proclamation with a man who had one or more wives living at the time of such marriage.

If a marriage between unmarried natives has been celebrated according to native law and duly registered, the effect upon the parties and their issue and property is the same as if the marriage had been contracted under the marriage laws of the Cape Colony.

If such last-mentioned marriage has not been duly registered, the marriage is valid, and any question of divorce or separation arising in the Tembuland courts between the parties themselves must be decided according to the ordinary law of the colony, but the effect of the marriage in other respects upon the parties and their issue and property must be decided according to native law.

The courts of the Cape Colony proper cannot lawfully recognise the validity of any marriage celebrated in the Colony proper according to native customs without the solemnisation required by statute. These courts, however, are entitled to recognise the validity of a marriage celebrated in Tembuland according to native law and custom between two unmarried natives“¹¹.

Da diesen maßgebenden Erklärungen zur *Proclamation 140* von 1885 dasselbe Landesrecht zugrunde liegt, das in der Union von Südafrika gültig ist, enthalten sie wertvolle Richtlinien für die Lösung von Streitfragen auch über die damalige Zeit hinaus. Wichtig ist vor allem die Be-

¹¹ *Ngqobela v. Sihle* (1893) 10 S. C. 364 = Reports of the Supreme Court of the Cape of Good Hope, from 1880

zugnahme auf Vielweiberei, die jedenfalls als Tatsache ein unüberwindliches Hindernis ist für die Anerkennung der Ehen von Eingeborenen durch die Gerichte der Kolonie, die auf das allgemeine Recht und die zuständige Ehegesetzgebung verpflichtet sind. Dagegen ist den Gerichten in den als Tembuland bezeichneten Eingeborenengebieten auch hinsichtlich der ehelichen Verbindungen der Einheimischen eine größere Entscheidungsfreiheit belassen, da die Rechtsgewohnheiten der Stämme auf Grund der vorgenannten *Proclamation* 140, sec. 22, daselbst in Geltung bleiben und neben dem Recht der Kolonie angewandt werden dürfen¹².

Nach Maßgabe der geltenden Bestimmungen und ihrer Handhabung durch die Gerichte stehen also den Eingeborenen von Tembuland verschiedene rechtliche Möglichkeiten zur Eheschließung offen:

- 1) Ehen nach Landesrecht, in christlicher oder bürgerlicher Form;
- 2) Ehen oder Verbindungen nach stammeseigenem Gewohnheitsrecht:
 - a) entweder als Einehen mit amtlicher Eintragung, nach sec. 30 der Procl.
 - b) oder als Einehen ohne amtliche Eintragung;
 - c) oder als Verbindungen mit Vielweiberei, von denen die jeweils erste eingetragen werden kann gemäß sec. 34 der Procl.¹³.

c) Was nun den Rechtscharakter dieser verschiedenen Ehearten angeht, so kann kein Zweifel darüber bestehen, daß nicht nur Ehen von Eingeborenen nach der im Recht der Kapkolonie vorgesehenen christlichen oder bürgerlichen Form wahre und gültige Ehen im Sinne und für die Folgen des südafrikanischen Zivilrechts sind, sondern auch die Ehen nach Stammesgewohnheit, die von ledigen Eingeborenen im Gebiet von Tembuland geschlossen und innerhalb der gesetzlichen Frist eingetragen werden. Alle sind Einehen mit amtlicher Besiegelung.

Aus demselben entscheidenden Grunde, als tatsächliche Einehen, werden auch *nicht eingetragene* Verbindungen nach Stammesgewohnheit, die in Tembuland geschlossen sind, als gültig erklärt und müssen entsprechend behandelt werden, nicht nur bei Rechtsstreitigkeiten zwischen Eingeborenen und im Hinblick auf die Folgen nach Maßgabe des einheimischen Gewohnheitsrechts, sondern auch nach dem Recht der Kolonie. Das bedeutet, daß solche stammesrechtlichen Verbindungen zwischen ledigen Eingeborenen wesentlich gleichwertig sind mit Ehen, die nach dem gewöhnlichen Recht der Kolonie geschlossen werden, und demzufolge wirkliche und gesetzmäßige Ehen im Sinne unserer Frage, trotz des Mangels der amtlichen Eintragung.

¹² „All such suits and proceedings (i. e. civil actions) shall be dealt with according to the law in force at the time in the Colony of the Cape of Good Hope, except where all the parties to the suit or proceeding are what are commonly called Natives, in which case it may be dealt with according to Native Law“. — Vgl. SEYMOUR, 15.

¹³ SEYMOUR, 29.

Gegen diese Feststellung lassen sich freilich Einwände vorbringen, die aber ihre Richtigkeit nicht zu erschüttern vermögen. Eine gesetzliche Begriffsbestimmung von gewohnheitsrechtlichen Ehen aus dem Jahre 1910 schließt nur *eingetragene* Eingeborenen-Ehen aus:

„Marriage according to Native custom“ means a marriage celebrated without the forms and ceremonies required to give it validity by the law of the Colony, but with the forms, ceremonies or circumstances required to give it validity by Native law, and does not include a *Native registered marriage*¹⁴.

Die Antwort auf diesen Einwand muß unterscheiden zwischen dem, was im Text erklärt ist, nämlich daß *eingetragene* Eingeborenen-Ehen zu einer anderen Gattung gehören, und dem, was nicht gesagt ist, ohne jedoch verneint zu sein, nämlich die Zugehörigkeit von nicht eingetragenen, aber tatsächlichen Ehen nach Stammesbrauch. Bedeutet das diesbezügliche Schweigen des Gesetzgebers, daß der Brauch der Gerichte in der Kapkolonie, nicht eingetragene Ehen nach Stammesrecht „anzuerkennen“, durch dieses Gesetz verworfen und damit unrechtmäßig ist? Eine praktische Bedeutung käme dieser Folgerung jedenfalls nicht zu, da mit dem fast gleichzeitigen Inkrafttreten der ‚Union‘ die allgemeinen Ehegesetze auch auf das Gebiet von Transkei ausgedehnt wurden. Andererseits bleibt bestehen, daß, solange die fragliche Verfahrensweise des Obersten Gerichtshofs gültig war, derartige Verbindungen, obwohl nicht eingetragen, unter dem Recht der Kapkolonie gleichfalls gültig waren. Denn die Gerichte der Kolonie erkannten nur nach diesem Recht, und dieselben ließen solche gewohnheitsrechtlichen Ehen von Tembuland gelten, ohne ihre Anerkennung von der Eintragung abhängig zu machen.

Ein anderer Einwand, der von den obigen Regeln des Obersten Gerichtshofs her erhoben werden könnte, bestätigt eher die Forderung von der Gültigkeit nicht eingetragener Eingeborenen-Ehen von Tembuland im Sinne des allgemeinen Rechts der Kapkolonie. Denn dort ist festgelegt, daß „die Wirkungen solcher Ehen in anderen Beziehungen, sowohl bezüglich der Gatten als auch ihrer Nachkommen und des Besitztums, nach Eingeborenen-Recht bestimmt werden müssen“. Das bedeutet unter anderem, daß die eheherrliche Gewalt des Mannes nicht ausgeschlossen werden kann, und daß keine Gütergemeinschaft aus einer solchen Ehe folgt. Aber derartige Rechtsfolgen gelten als vermeidbar oder veränderlich auch bei Ehen von Europäern nach Maßgabe des Landesrechts und berühren nicht die Wesensgestalt der Ehe im Sinne des gemeinen Rechts als eines persönlichen und dauernden Verhältnisses zwischen Mann und Weib. Gerade mit Bezug auf diesen Wesensteil ist die fragliche Eingeborenen-Ehe unter das Recht der Kolonie gestellt, insofern als „alle Fragen bezüglich Scheidung oder Trennung, die bei den Gerichten von Tembuland *zwischen den Gatten selbst* aufkommen, nach dem gewöhnlichen Recht der

¹⁴ *Procl.* 142 von 1910. — SEYMOUR, 30.

Kolonie entschieden werden müssen“. So wäre es ein Widersinn, solchen Ehen die Gültigkeit nach dem Landesrecht abzuspochen, weil man damit eine wesentliche Betrachtung der Streitsache nach zweitrangigen und zusätzlichen Gesichtspunkten entscheiden würde.

d) Die Sache liegt anders bei *Ehen mit Vielweiberei* entsprechend den einheimischen Rechtsgewohnheiten. An und für sich gibt es drei Möglichkeiten für die Behandlung solcher Verbindungen: entweder man verweigert ihnen jeglichen Rechtscharakter als ungesetzlichen oder unsittlichen Verhältnissen; oder sie werden als eheliche Verhältnisse nach Eingeborenenrecht anerkannt, und für die daraus fließenden Folgen, wenigstens bei Streitfällen zwischen Eingeborenen, wo dieses Recht zulässig ist; oder sie werden wenigstens für wesentliche Rechtsfolgen den Ehen nach Landesrecht gleichgestellt, wenn auch nur unter besonderen Bedingungen, wie z. B. der amtlichen Eintragung.

Die Verhältnisse in Tembuland nach der Einverleibung in die Kapkolonie geben keine Anhaltspunkte dafür, daß gewohnheitsrechtliche Ehen von Eingeborenen mit *tatsächlicher* Vielweiberei als wahre und gültige Ehen im Sinne und für die Wirkungen des Landesrechts derselben Kolonie anerkannt worden wären. Zum Unterschied von den Ein-ehen wurde diesen Verbindungen, auch wenn sie außerhalb des Gebietes der eigentlichen Kolonie geschlossen waren, sehr bestimmt die Anerkennung durch die Gerichte von Kapland verweigert, und zwar nach dem allgemeinen Grundsatz, auf den sich der Oberste Gerichtshof berufen hatte: „Die Gerichte der Kapkolonie können keine Ehen als gültig anerkennen, die von einem Mann eingegangen wurden, der zu diesem Zeitpunkt eine oder mehrere lebende Frauen hatte“. Da die Gerichte des eigentlichen Kaplandes nicht ermächtigt waren, einheimisches Gewohnheitsrecht als ein gültiges Rechtssystem neben dem Recht der Kolonie anzuwenden, bedeutete die Anerkennung der Gültigkeit von Eingeborenen-Ehen seitens dieser Gerichte eine Anerkennung als wirkliche Ehen nach dem geltenden Landesrecht, während die Verweigerung der Anerkennung gleichbedeutend war mit Ungültigkeit im Sinne und nach Maßgabe beider Rechte: nach dem Recht der Kolonie, kraft dessen solche Ehen verworfen und *nicht* als gültig anerkannt wurden, und nach dem einheimischen Gewohnheitsrecht, weil dieses als Ganzes in der eigentlichen Kolonie ungesetzlich und unwirksam war.

Die Gerichte von Tembuland dagegen *können* bei Streitfällen, in denen sich nur Eingeborene gegenüberstehen, die Gültigkeit solcher gewohnheitsrechtlicher Verbindungen mit Vielweiberei anerkennen. Diese Anerkennung würde jedoch solche Verbindungen nicht zu gültigen Ehen nach dem Recht der Kolonie machen, sondern nur nach Eingeborenen-Recht und soweit als dieses Recht als ein wirksames Rechtssystem anerkannt ist. In der Regel, und im Einklang mit sec. 22 derselben *Proclamation* 140 von 1885, ist die Anwendung von Eingeborenen-Recht

anstatt des Rechtes, „das derzeit in der Kolonie des Kaps der Guten Hoffnung in Kraft ist“, eine Sache des Ermessens und nicht des Müssens. Gleichwohl scheint mit Bezug auf Ehen nach Stammesbrauch die in sec. 32 enthaltene Verfahrensregel bestimmter zu sein:

„All questions of divorce and separation arising between parties married according to the laws and customs of Natives... shall be tried and decided before any Resident Magistrate, in conformity with the Native laws and customs in force at the time of such celebration.“

Positiv bedeuten die beiden Gesetzesabschnitte, nebst den darauf bezüglichen Erklärungen des Obersten Gerichtshofs, daß Ehen mit Vielweiberei, die nach einheimischem Gewohnheitsrecht geschlossen wurden, in Tembuland als gültig zu behandeln sind, nach Maßgabe und für die Wirkungen des Eingeborenen-Rechts, das als ein gültiges Rechtssystem anerkannt ist und von den Gerichten des Gebietes angewandt wird. Gleichzeitig ergibt sich aber auch auf der Gegenseite, da Fragen betreffs Scheidung oder Trennung zwischen den Gatten in Übereinstimmung mit dem einheimischen Gewohnheitsrecht geprüft und entschieden werden müssen, daß die also gewährte Anerkennung auf das nämliche Rechtssystem beschränkt bleibt und *nicht* die Gültigkeit unter dem Recht der Kolonie einschließt. Es ist unvorstellbar, daß ein nach Maßgabe des Zivilrechts als gültig und verbindlich anerkanntes Eheband durch einen Scheidungsbefehl gelöst werden könnte, der kraft Eingeborenen-Rechts erlassen würde. M. a. W.: Eine Ehe, die sogar dem Bande nach kraft Eingeborenen-Rechts geschieden werden kann, kann nicht für gültig gehalten werden nach dem Landesrecht von Südafrika.

2. Vergleich mit den anderen Landesteilen

Eine Zusammenfassung der Rechtsverhältnisse mit Bezug auf Ehen von Eingeborenen in Südafrika vor der Union ergibt die folgenden Ähnlichkeiten und Verschiedenheiten:

a) Eheliche Verbindungen von Eingeborenen nur nach Stammesbrauch, die von zwei ledigen Personen eingegangen wurden, waren *als gültige Ehen nach Landesrecht* anerkannt in den Gebieten von Transkei nach dem Anschluß an die Kapkolonie. Wenn solche Eingeborenen-Ehen nicht amtlich eingetragen waren, mußte über gewisse Rechtsfolgen, jedoch unter Ausschluß des Ehebandes selbst, nach Maßgabe des Eingeborenen-Rechts entschieden werden. Im eigentlichen Kapland wurden solche Ehen, bei deren Abschluß die gesetzlich vorgeschriebene Form nicht eingehalten war, nur dann als gültig im Sinne des allgemeinen Rechts anerkannt, wenn sie von zwei ledigen Eingeborenen geschlossen waren, während dieselben in Tembuland ansässig waren. Dieselbe Anerkennung als gültig nach Landesrecht wurde einer gewohnheitsrechtlichen Verbindung zwischen zwei ledigen Eingeborenen vom Gericht der Republik Transvaal erteilt, wenn

es auch zweifelhaft bleibt, ob und wie lange diese Einstellung des Gerichtes allgemeingültig war¹⁵.

b) Bezüglich der Gültigkeit gewohnheitsrechtlicher Verbindungen *nur nach Eingeborenen-Recht* und für die daraus fließenden Folgen war die Haltung der Landesteile vor der Union verschiedend, entsprechend der allgemeinen Einstellung zum einheimischen Gewohnheitsrecht. Demgemäß waren solche Verbindungen nicht als rechtmäßig nach Eingeborenen-Recht anerkannt in der eigentlichen *Kapkolonie* und im *Oranje-Freistaat*, wo das Eingeborenen-Recht nicht als ein gültiges Rechtssystem unter dem Landesrecht zugelassen war. In *Transvaal* waren die Verhältnisse eher regelwidrig. Grundsätzlich war das einheimische Gewohnheitsrecht kraft des Gesetzes Nr. 4 von 1885 als gültig anerkannt für Rechtsstreitigkeiten zwischen Eingeborenen, aber Ehen von Eingeborenen, die nach Maßgabe solcher Rechtsgewohnheiten geschlossen waren, galten wegen des Brauchs der Vielweiberei als den allgemeinen Grundsätzen der Gesittung entgegengesetzt und wurden als unerlaubte Verhältnisse behandelt. Trotz der Nicht-Anerkennung von Eingeborenen-Ehen in den erwähnten Gebieten wurden den Nachkommen aus solchen Verbindungen doch Erbfolgerechte ihren ‚unehlichen‘ Eltern gegenüber auf Grund von Sondergesetzen zuerkannt¹⁶.

In *Natal* dagegen, wie auch in den zur Kapkolonie gehörigen Gebieten von *Transkei*, wo das Eingeborenen-Recht als ein gültiges Rechtssystem unter dem Landesrecht anerkannt war, wurden gewohnheitsrechtliche Verbindungen, einschließlich der Vielweiberei, für gültig gehalten und als rechtswirksam anerkannt nach Maßgabe des einheimischen Gewohnheitsrechts und vorbehaltlich der allgemeinen Bedingungen für die Zulassung dieses Rechtssystems.

c) *Ehen nur nach einheimischem Gewohnheitsrecht* waren auch in den benachbarten *Britischen Gebieten* in Streitfällen zwischen Eingeborenen als gültig anerkannt, das heißt für die aus dem zuständigen Gewohnheitsrecht fließenden Wirkungen, entsprechend der Anerkennung dieses Systems unter dem jeweiligen Landesrecht. Wie in den Transkei-Gebieten der Kapkolonie, so war auch in Bechuanaland und Basutoland ein Verfahren für amtliche Eintragung zugunsten der ersten von mehreren Ehen eingeführt, in Süd-Rhodesien sogar für mehrere Ehen desselben Mannes¹⁷. Aber ob pflichtmäßig oder wahlfrei, die amtliche Eintragung scheint we-

¹⁵ Vgl. SEYMOUR, 30, Anm. 82; BISSET & SMITH, IV, 619 f. — Vgl. NORMAN-SCOBLE: *The law of evidence in South Africa*, 224 f.

¹⁶ The Native Succession Act, Nr. 18 von 1864, in Kapland; Gesetz Nr. 26 von 1899 im Oranje-Freistaat; Transvaal Procl. Nr. 28 von 1902. — Vgl. SEYMOUR, 3; 6. — G. M. B. WHITFIELD: *South African Native Law*, 1948², 81.

¹⁷ The Rhodesian Order-in-Council von 1898; the Matabele Order-in-Council, 1894. — British Bechuanaland, Procl. Nr. 2 von 1885, sec. 44. — The Basutoland Marriage Procl., 1911. — Vgl. BISSET & SMITH, IV, 620 f., SEYMOUR, 29.

gen der Unsitte der Vielweiberei nirgendwo die Wirkung gehabt zu haben, gewohnheitsrechtliche Verbindungen von Eingeborenen zu wirklichen und gültigen Ehen im Sinne des südafrikanischen Landesrechts zu machen. (Zweiter Teil folgt.)

Anmerkung. Es bedarf wohl kaum des Hinweises, daß wir mit der durchgehends gebrauchten Bezeichnung *Eingeborene* auch nicht den Schatten einer Herabsetzung verbinden. Begriff und Ausdruck sind für unseren Gegenstand gleichbedeutend mit dem *indigena* des Kirchlichen Gesetzbuches (can. 305) und dem *Native* der südafrikanischen Rechtssprache. Obwohl in seiner Grundbedeutung geeignet, alle in einem bestimmten Land oder in einer Stadt geborenen bzw. beheimateten *Einwohner* oder *Bürger* zu bezeichnen, wird das Wort doch vorzugsweise in Verbindung mit den *Ur-Einwohnern* eines Landes oder Erdteils gebraucht, zum Unterschied von den *europäischen* Einwanderern. Im Vier-Rassen-Land Südafrika freilich lassen sich *Eingeborene* und *Nicht-Europäer* nicht ohne weiteres als gleichbedeutend verwenden wegen der auch im Rechtsbereich unterschiedlich behandelten *Asiaten* und *Farbigen* ('Coloureds' oder 'Cape Malays').

Für weitere Einzelheiten zivil- und stammesrechtlicher Art, die dieser Abhandlung zugrunde liegen, sei auf unser demnächst erscheinendes Buch verwiesen: *Native Marriages in South Africa according to Law and Custom.*

SYMPHONIA ODER KONZESSION?

Über die Rückwirkung einer Union mit den Orthodoxen

von Erika Unger-Dreiling

Wenn man Publikationen liest, die das Thema der Wiedervereinigung von Ost- und Westkirche behandeln, entsteht der Eindruck, als ob es sich bei der in Frage stehenden Problematik nur um den dogmatischen, liturgischen und juristischen Aspekt beider Kirchen handelte. Dieser Eindruck vermittelt jedoch nicht den ganzen Sachverhalt. Denn daß man sich überhaupt so sehr um die Wiedervereinigung bemüht, liegt nicht nur daran, daß man sich darum bemüht, das Christentum recht zu verstehen und zu betätigen, sondern auch und entscheidend daran, daß die Mission erst fruchtbar werden kann, wenn die Christenheit geeint ist und die geeinte Christenheit mit gutem Gewissen und ohne Vorbehalt oder Einschränkung sich an die nichtchristlichen Völker wenden kann. Deshalb ist ein Beitrag zur Union zugleich ein Beitrag zum Missionsanliegen der Kirche.